

Bundesrepublik will ihre Friedenspolitik fortsetzen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist entschlossen, ihre Friedenspolitik unbeirrbar und ungeachtet aller von ihr nicht verschuldeter Rückschläge fortzusetzen. Wir haben nicht nur Verständnis für den Wunsch aller Völker, in gesicherten Grenzen zu leben, sondern wir sind bereit, dem Rechnung zu tragen in Worten und in Taten — ohne Verträge, wo sie entbehrlich sind, mit Verträgen, wo dies der Sache dienen kann.

Die Jugend in vielen unserer Länder versteht nicht, warum wir, die Älteren, mit den Problemen des wissenschaftlich dominierten Zeitalters nicht fertig werden. Nicht Gewalt, allein Vernunft kann darauf eine Antwort geben.

Dies ist keine Rede, die vor Wochen konzipiert wurde. Sie ist in den letzten Tagen entstanden, trotz der letzten Tage. In Mitteleuropa existiert die größte Ansammlung militärischer Zerstörungskraft, die es je gegeben hat. Dies ist wider die Vernunft. Es ist wider die Interessen der Völker. Wenn andere ihre Macht demonstrieren und damit neue, gefährliche Spannungen erzeugen, so kann es nicht unsere Sache sein, darauf zu antworten, indem wir die Spannungen steigern.

Ich sehe es als eine Chance, als eine Aufgabe, als eine Möglichkeit der hier versammelten Nichtnuklear-Staaten, die Kraft ihres Willens, die Kraft der Vernunft und die Kraft der Moral zu vereinen zu einem Appell an die Völker und an die verantwortlichen Staatsmänner: Laßt jedes Volk seinen eigenen Weg bestimmen, denn nur dann werden die Staaten miteinander am besten der Menschheit dienen, die noch so viele und große ungelöste Probleme hat.

Den Frieden sicherer machen

Ein weltweites Echo hat die Rede gefunden, die der Bundesaußenminister und Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, am 3. September 1968 auf der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf gehalten hat. Diese Rede wird in der Welt als die erste bedeutende Erklärung eines deutschen Außenministers vor einem großen internationalen Forum seit 35 Jahren gewertet.

Dieser Saal ist Zeuge vieler Hoffnungen und vieler Enttäuschungen der Völker zwischen zwei Weltkriegen gewesen. Er beherbergt eine Konferenz, die, ihrer Anlage und ihrem Ziel nach, schon heute historisch genannt werden kann.

Einmal deswegen, weil sich hier eine übergroße Mehrheit von Staaten zusammenfindet, um ihre gemeinsamen Interessen zu suchen, trotz verschiedener Gesellschaftssysteme, politischer Standorte und sonstiger Orientierung. Was uns alle eint, ist der Wille, auf das Atom als Waffe zu verzichten.

Was uns alle eint, ist allerdings auch die Überzeugung, daß unseren Völkern aus dieser Selbstbeschränkung keine Deklassierung erwachsen darf, sondern daß sie dem Frieden und dem Fortschritt der Menschheit dienen muß.

Diese Zusammenkunft darf zum anderen historisch genannt werden, weil sie uns vor Augen führt, daß es nicht genügt ein Atom-Chaos zu bannen, um die Gefahren für die Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit der Souveränität der Länder abzuwenden. Dieser Erfahrung können wir nicht ausweichen.

Die Staaten, die nicht über Atomwaffen verfügen, möchten wissen, wie sie mehr Sicherheit erlangen können. Sie wollen darüber beraten, wie das Wettrüsten zu begrenzen und unter Kontrolle zu bringen ist, um den Frieden sicherer zu machen.

Dies ist kein akademisches Thema. Diese Aufgaben lassen sich nicht im luftleeren Raum lösen, sondern nur in der Wirklichkeit der Welt, in der wir leben.

Ohne Vertrauen in gewisse Grundregeln des Zusammenlebens der Staaten gibt es keine Kontrolle der zerstörerischen Kräfte, die der Kernenergie innewohnen. Ohne solches Vertrauen gibt es keine internationale Ordnung. Unterschriften sind nichts wert, wenn sie nicht auf einem Mindestmaß an Verlässlichkeit beruhen! Wer Macht hat, zumal atomare Macht, der hat noch nicht die Moral auf seiner Seite, auch nicht die Weisheit. Ich sehe die Aufgabe dieser Konferenz nicht darin, einen unergiebigsten Widerstand gegen jene Weltmächte zu organisieren, denen die Geschichte eine ungeheure Verantwortung aufgeladen hat, um die ich sie nicht beneide.

Die Gefahren gehen von den großen Mächten aus

Die großen Gefahren für die Menschheit gehen von großen Mächten aus und nicht von kleinen. Mit anderen Worten: Es muß auch um die Definierung der Pflichten gehen, denen sich die Kernwaffenmächte zu unterwerfen haben.

Für uns alle ein gleiches Zerstörungspotential zu erstreben, wäre heller Wahnsinn. Vernünftig und notwendig ist es jedoch, jene Gleichheit der Rechte und Chancen für alle Staaten zu erringen, ohne die wir vor unseren Völkern, vor der jungen Generation, vor der Geschichte nicht bestehen können.

Die deutsche Delegation ist zu keinem anderen Zweck hierher gekommen als ihren konstruktiven Beitrag zu leisten. Für die friedliche Nutzung der Kernenergie bieten wir unsere Hand zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Auf dem Gebiet der Sicherheit wollen wir mitarbeiten, um positiven Ergebnissen näherzukommen.

Jeder in diesem Saal weiß, daß Drohung mit Gewalt und Furcht vor der Anwendung von Gewalt keine abstrakten Fragen sind. Jeder weiß, daß Völker um ihre Unabhängigkeit bangen und daß es eine tiefe Sorge um die Zukunft der Menschheit gibt.

Was in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg an Normen des internationalen Zusammenlebens, an Wiederherstellung des Vertrauens, wenn auch unter Rückschlägen, gewachsen schien, steht erneut auf dem Spiel.

Was immer man unter der Interessensphäre einer nuklearen Großmacht verstehen mag, es ändert nichts daran, daß die universalen Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts, wie sie auch in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ihren verbindlichen Ausdruck finden und uneingeschränkt gültig bleiben, nicht verletzt werden dürfen: Souveränität — territoriale Integrität — Gewaltlosigkeit — Selbstbestimmungsrecht der Völker — Menschenrechte.

Sicherheitsgarantien, Abrüstung und die Perspektiven für die friedliche Verwendung der Kernenergie können mit Aussicht auf Erfolg nur erörtert werden, wenn ein gemeinsamer Wille und gemeinsame Vorschläge die Maßstäbe der Ordnung zurechtrücken, die die Staatengemeinschaft dringend braucht.

Es ist nur logisch, wenn man es vom Verlauf und den Ergebnissen dieser Konferenz abhängig macht, in welcher Form die hier versammelten Staaten die begonnene Arbeit fortsetzen werden.

Bundesrepublik hat auf Atomwaffen verzichtet

Die Bundesrepublik Deutschland hat gegenüber ihren Bündnispartnern auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und sich entsprechend den internationalen Kontrollen unterworfen. Sie strebt keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen Besitz an solchen Waffen an. Sie bekräftigt ihre Haltung. Ihre Sicherheit liegt in einer Allianz. Zugleich teilen wir als einer der nicht-nuklearen Staaten die allgemeine Forderung nach dem Ausschluß von Druck und Drohung mit Gewalt.

Von der Resolution des Sicherheitsrates vom 19. Juni 1968 und den damit zusammenhängenden Erklärungen der drei Kernwaffenmächte ebenso wie vom Ausschluß im letzten Präambelsatz des NV-Vertrages bis zu einem ausgewogenen Sicherheitsgefüge ist es noch ein weiter Weg.

Sehen wir es realistisch: Solange die Kernwaffen nicht allseitig abgeschafft sind, können sie als Mittel der Abschreckung und der kollektiven Selbstverteidigung nicht ausgeschaltet werden. Offensichtlich reicht es nicht, die nukleare Aggression oder ihre Androhung zu verbieten, um den Sicherheitsinteressen der nicht-nuklearen Staaten und ihrem legitimen Wunsch zu entsprechen, sich in Würde und Unabhängigkeit zu entwickeln. Zweifellos kann der Einsatz konventioneller Waffen eines Nuklear-Staates Sicherheit und Unabhängigkeit eines nichtnuklearen Staates gefährden; er brauchte nicht einmal mit seinem nuklearen Potential zu drohen. Daraus ergibt sich die Forderung, daß die Staaten untereinander auf die Anwendung von Gewalt verzichten sollen. Sowohl die Nicht-Nuklearen untereinander wie die Nuklear-Mächte gegenüber den

Nicht-Nuklearen. Die einzig legitime Ausnahme bliebe auch dann das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Satzung.

Gewaltverbot ohne Ausnahmen

Für die Beziehungen zwischen den Staaten kann nur das im übrigen ausnahmslose generelle Gewaltverbot, wie es in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen enthalten ist, friedensfördernde Wirkung haben. Es ist daher nicht zulässig, den Gewaltverzicht selektiv auf gewisse Staaten zu beschränken. Auf uns bezogen füge ich außerdem hinzu: Wir billigen niemandem ein Interventionsrecht zu!

Es stellt sich die Frage, ob der übergeordnete Grundsatz des Gewaltverzichts nicht der unerläßliche Ausgangspunkt ist, den diese Konferenz für eine Entschließung oder eine Konvention über die Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten nehmen könnte. **Die deutsche Delegation ist bereit, eigene Vorschläge zu machen und an sachgerechten Vorschlägen anderer mitzuarbeiten.**

Wir werden anstreben, daß jegliche Aggression mit nuklearen, biologischen, chemischen und konventionellen Waffen sowie die direkte und indirekte Androhung einer solchen Aggression als ein Verstoß gegen den allgemeingültigen Grundsatz der Gewaltlosigkeit verboten wird, wie es auch in den Prinzipien des Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist.

Der Verzicht auf die Anwendung und Androhung jeglicher Form von Druck und Gewalt, die die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates bedrohen könnte, sollte allgemein erneuert werden. Die Staaten sollten ihre Verpflichtung bekräftigen, die internationalen Beziehungen auf der Grundlage der souveränen Gleichheit und der Selbstbestimmung der Völker zu gestalten und auftretende Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu regeln. Sie sollten eine möglichst ausgedehnte internationale Zusammenarbeit mit dem Ziele vereinbaren, die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen auf dem Gebiete der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu verwirklichen und damit einen Schritt zur Befreiung der Menschheit von der Furcht zu tun.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag der lateinamerikanischen Länder über eine atomwaffenfreie Zone ebenso begrüßt wie die Beschlüsse der Organisation für Afrikanische Einheit, die auch dort zu einer atomwaffenfreien Zone führen könnten. Europa ist nicht in der glücklichen Lage, kernwaffenfrei zu sein. Die Entfernung bereits vorhandener Kernwaffen ohne gefährliche Verän-

derungen des gesamten Gleichgewichts, also unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten, ist eine schwierige und nicht schnell lösbare Aufgabe.

Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, daß aus Europa eine Zone der Entspannung wird als Vorstufe einer dauerhaften Friedensordnung. Sie hat vorgeschlagen: Abbau der Konfrontation, wechselseitigen Verzicht auf Gewalt, Normalisierung der Beziehungen mit den Staaten Ost- und Südosteuropas, geregeltes Nebeneinander auf deutschem Boden, erleichterten Austausch in Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. Diesen Bemühungen ist ein schwerer Schlag versetzt worden. Dennoch bleiben wir bereit, für eine europäische Zone friedlicher Nachbarschaft zu wirken, die allmählich zu konstruktivem Miteinander führt und in der die gefährliche Konfrontation abgebaut werden kann.

Wir befürworten daher weiterhin einen ausgewogenen, gegenseitigen Abbau der Truppenkontingente, mit dem auch eine angemessene Regelung des Problems der in dieser Region stationierten Kernwaffen verbunden werden könnte. Dabei gibt es übrigens einige Berührungspunkte mit den bekannten polnischen Vorschlägen. Im Dezember 1967 habe ich vor dem Deutschen Bundestag darauf hingewiesen, daß wir bereit sind, an einem Abkommen mitzuwirken, das im Zuge einer ausgewogenen Verminderung aller Streitkräfte auch zur stufenweisen Verringerung der Kernwaffen in ganz Europa führt. Diese Bereitschaft gilt weiter.

Resolutionen genügen nicht

Ich möchte nicht verhehlen, daß meine Regierung in der gegenwärtigen Weltlage Maßnahmen der Sicherheit, die sich in Resolutionen, Deklarationen oder Konventionen niederschlagen, nur als ergänzende Stützen ihrer Sicherheit ansehen kann. Es muß der Welt gelingen, wesentliche Ursachen der Unsicherheit der Nicht-Nuklearen schrittweise abzubauen, d. h. zur wirklichen nuklearen Abrüstung im Zusammenhang mit einer Abrüstung der riesigen konventionellen Rüstungspotentiale auch der Nuklearwaffen-Mächte vorzustoßen.

Die Kernwaffenmächte sind aufgerufen, konkrete Schritte zu tun. An uns Nichtkernwaffenstaaten liegt es, sie nicht aus ihren Verpflichtungen zu entlassen und verhandlungsfähige Lösungsvorschläge zu unterstützen.

Wir sollten unser Augenmerk auch auf den Abbau gewisser Trägerwaffen für nukleare Sprengköpfe richten. Wenn es zu Verhandlungen über interkontinentale Raketen kommt, wie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sie angebahnt haben, sollte der Abbau auch anderer Fernraketen in ganz Europa einbezogen werden.

Über die Bedrohung mit atomaren Massenvernichtungswaffen dürfen wir nicht vergessen, daß es noch andere Massenvernichtungswaffen gibt, deren Auswirkungen vielleicht noch verheerender sind; ich meine die B- und C-Waffen.

Im Jahre 1954 hat die Bundesrepublik Deutschland in einem internationalen Vertrag auf die Herstellung nicht nur von A-, sondern auch von B- und C-Waffen verzichtet. Wir würden es begrüßen, wenn andere Staaten eine gleiche Haltung einnehmen.

Das Genfer Protokoll von 1925 definiert die chemischen und bakteriologischen Waffen nicht. Wenn das Problem der B- und C-Waffen erörtert wird, sollten diese Waffen konkret bestimmt werden. Dabei könnten die Definitionen im Rahmen des deutschen Herstellungsverzichts von 1954 von Nutzen sein. Wir bieten unsere Mitarbeit und Unterstützung für alle Bemühungen an, die — ohne Diskriminierung — auf eine wirksame Neugestaltung des Verbots der B- und C-Waffen gerichtet sind mit dem Ziel, der Menschheit die Furcht vor ihnen zu nehmen.

Friedliche Kernforschung sichern

Eine Hauptaufgabe dieser Konferenz ist es, Forschung, Entwicklung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu sichern und zu fördern.

Freiheit für Forschung und Entwicklung ist die Voraussetzung für die Förderung der friedlichen Verwendung von Kernenergie. Niemand und nichts darf Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet behindern oder unterbinden. Die Bundesregierung mißt der Erklärung Bedeutung bei, die die amerikanische Regierung hierzu vor den Vereinten Nationen am 15. Mai 1968 abgegeben hat.

Auch die Sicherungsmaßnahmen müssen strikt darauf beschränkt sein, den Mißbrauch von spaltbarem Material für Kernwaffenzwecke zu verhindern. Dem dient das Prinzip der instrumentierten Spaltstoffflußkontrolle an strategischen Punkten. Zu seiner Realisierung unternehmen wir in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Anstrengungen. Die Arbeiten, an denen auch die IAE0 interessiert ist, werden im Kernforschungszentrum Karlsruhe durchgeführt.

Wir möchten Ihnen Gelegenheit geben, sich an Ort und Stelle mit diesen Arbeiten vertraut zu machen. Ich darf daher im Namen der Bundesregierung die interessierten Delegierten zu einem Besuch im Kernforschungszentrum Karlsruhe einladen, in dem auch die moderne Reaktortechnik der schnellen Brüter entwickelt wird.

Unsere nukleare Tätigkeit findet im Rahmen der Europäischen Atomgemeinschaft statt. Sie verfügt über ein seit über 10 Jahren

wirksames Kontrollsystem, das bei dem Verifikationsabkommen mit der IAE0 erhalten bleiben muß.

Mit allen Völkern zusammenarbeiten

Die Nuklearenergie ist eine der großen Hoffnungen aller Länder, die unter einem Mangel an natürlichen Energiequellen leiden. Wie anders wollen sie den Hunger der Massen bekämpfen, der zu einer Katastrophe für die ganze Menschheit werden kann!

Die Bundesrepublik will die Resultate ihrer Arbeit nicht für sich behalten, sondern mit allen Völkern zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen teilen. Wir sind bereit, diese Zusammenarbeit zu verstärken: durch erweiterten Austausch von Informationen und technischen Erfahrungen, durch Einbeziehung in die Programme deutscher Kernforschungszentren und deutscher Forschungseinrichtungen, durch Stipendien und Entsendung von Experten. Auf jede mögliche Weise möchten wir die zahlreichen bereits bestehenden Kontakte enger knüpfen und neue herstellen.

Stresemanns Warnungen wurden mißachtet

Am 10. September 1926, also vor 42 Jahren, hielt Gustav Stresemann hier jene Rede, mit der er Deutschland in die damalige Gemeinschaft, den Völkerbund, einführte. Viele seiner Forderungen sind noch immer offen, die Aufgaben unerfüllt. Wenn sich heute ein deutscher Außenminister darauf beruft, so in dem Bewußtsein, welch furchtbaren Preis viele Völker und das deutsche Volk selbst bezahlen mußten, weil Briands und Stresemanns Warnungen mißachtet wurden.

Die deutsche Außenpolitik ist manchen Entstellungen und sogar Verleumdungen ausgesetzt. Entstellungen kann niemand ganz entgegen, Verleumdungen weise ich mit Nachdruck zurück. Ich tue dies als jemand, den keiner mit den Verbrechen Hitlers in Verbindung bringen kann und der trotzdem seinen Teil der nationalen Gesamthaftung trägt.

Wir haben aus der Geschichte gelernt. Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt konsequent eine Politik, die an die Stelle des Gleichgewichts des Schreckens eine Friedensordnung in diesem Kontinent setzen will. Hierzu gibt es keine vernünftige Alternative.

Die Menschen bei uns in der Bundesrepublik haben nicht nach Waffen gedrängt; unsere Bundeswehr ist keine Nationalarmee, sondern sie ist voll in das Atlantische Verteidigungsbündnis integriert. Auf dem Boden der Bundesrepublik lagern Atomwaffen, wie Sie alle wissen; aber nicht wir verfügen darüber, und wir haben auch keinerlei Ehrgeiz, darüber zu verfügen.